

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

10.11.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>Regierung will Strompreis für die Wirtschaft senken</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 10.11.2023</i> .....	3
2   <b>Wirtschaft begrüßt Entlastung des Mittelstands</b> <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 10.11.2023</i> .....	4
3   <b>Gehalts-Atlas für MV: Die höchsten Gehälter werden in Schwerin gezahlt – und gleich nebenan die niedrigsten</b> <i>SVZ.de (Schweriner Volkszeitung), 09.11.2023</i> .....	5
4   <b>Castor-Transport rollt mitten durch Duisburg</b> <i>Rheinische Post Duisburg, 10.11.2023</i> .....	6
5   <b>Wolfram König in der Braunschweiger Zeitung: “Es muss darum gehen, Entscheidungsprozesse zu straffen”</b> <i>Braunschweiger Zeitung, 06.11.2023</i> .....	8

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 10.11.2023 | S. 7

📄 Auflage: 9.014 | Reichweite: 24.426

👤 Frank-Thomas Wenzel, Tim Szent-Ivanyi, Andreas Niesmann

## Regierung will Strompreis für die Wirtschaft senken

### Milliardenentlastung über vier Jahre - Nicht nur energieintensive Betriebe sollen profitieren

Die Ampelregierung hat ihren monatelangen Streit über die Frage beigelegt, wie die deutsche Wirtschaft von den massiv gestiegenen Energiekosten entlastet werden kann. Der von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) geforderte „Industriestrompreis“ ist vom Tisch, dafür hat die Koalition ein Entlastungspaket geschnürt.

So soll die Stromsteuer in den kommenden zwei Jahren von derzeit rund 1,5 Cent auf den europäischen Mindestbetrag von 0,05 Cent je Kilowattstunde gesenkt werden. Von der Steuersenkung profitieren alle Unternehmen des produzierenden Gewerbes, also auch die mittelständische Wirtschaft. Die Senkung der Stromsteuer tritt an die Stelle des sogenannten Spitzenausgleichs, einer Steuererstattung, von der bislang rund 9000 Unternehmen profitiert hatten.

Nach dem Willen der Ampelparteien soll die Absenkung der Stromsteuer auch in den Jahren von 2026 bis 2028 gelten, wenn der Bundeshaushalt das zulässt.

Auch die „Strompreiskompensation“ will die Koalition ausweiten. Von dem bereits bestehenden Instrument, das einen großen Teil der Kosten des CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandels erstattet, profitieren rund 350 Unternehmen mit hohem Energieverbrauch. Bislang mussten sie einen Eigenanteil von aktuell rund 70 000 Euro je Produktionsanlage selbst tragen. Dieser fällt künftig weg. Die rund 90 Unternehmen mit dem höchsten Energieverbrauch bekommen einen

Zuschlag, das sogenannte Super Cap. Auch hier gab es bislang einen Sockelbetrag, der künftig wegfallen soll. Durch die Neuregelungen werde die energieintensive Grundstoffindustrie künftig Strom zu einem Preis von 6 Cent je Kilowattstunde beziehen können, hieß es in Regierungskreisen. Die 6 Cent entsprechen exakt jenem Wert, den Habeck seit Monaten für energieintensive Unternehmen fordert. Nach seinen Vorstellungen hätte der Staat den Unternehmen für einen begrenzten Zeitraum die Differenz zwischen 6 Cent und dem jeweiligen Börsenstrompreis erstattet. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hatte ein solches Konzept strikt abgelehnt. Auch Kanzler Olaf Scholz (SPD) hatte sich skeptisch gezeigt. Am Ende sollen es Scholz, Habeck und Lindner persönlich gewesen sein, die den Kompromiss geschmiedet haben.

Die Senkung der Stromsteuer wird den Bund jährlich 2,75 Milliarden Euro kosten und in den kommenden zwei Jahre aus dem Kernhaushalt finanziert werden. Die übrigen Entlastungen werden aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) bezahlt. Das Wirtschaftsministerium kalkuliert mit Kosten von 28 Milliarden Euro in den kommenden vier Jahren.

#### Zitat-Text:

**„Der marktwirtschaftliche Lösungsansatz hat sich durchgesetzt.“ - Christoph Meyer, FDP-Fraktionsvize**

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 10.11.2023 | S. 13

📄 Auflage: 16.124 | Reichweite: 48.341

## Wirtschaft begrüßt Entlastung des Mittelstands

Die Ankündigung der Bundesregierung, den Strompreis für Industriefirmen durch eine Steuerreform zu drücken, findet Beifall in Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaft. „Statt nur rund 1800 energieintensive Unternehmen in Deutschland mit einem Industriestrom zu entlasten, sollen nun Mittelstand und Industrie im produzierenden Gewerbe entlastet werden“, heißt es in einer Stellungnahme der IHK zu Schwerin. „Das schafft für viele produzierende Unternehmen mit ho-

hem Stromverbrauch endlich eine klare Perspektive!“

Kritik übte die IHK am weiter „sehr hohen Anteil Steuern und Abgaben“ auf die Kilowattstunde Strom. Dieser mache fast 27 Prozent der Gesamtkosten aus. „Es muss daher nun mit Nachdruck eine deutliche Senkung der Netznutzungsentgelte erfolgen, die in Mecklenburg-Vorpommern und in Schleswig-Holstein bundesweit am höchsten sind“, forderte die Kammer.

 SVZ.de (Schweriner Volkszeitung) | 09.11.2023

 WEBLINK

## GEHALTS-ATLAS FÜR MV

# Gehalts-Atlas für MV: Die höchsten Gehälter werden in Schwerin gezahlt – und gleich nebenan die niedrigsten

Wenn es um Lohn und Gehalt geht, dann sind die kreisfreien Städte Schwerin und Rostock die attraktivsten Arbeitsorte in Mecklenburg-Vorpommern. Beschäftigte in der Landeshauptstadt und der Hansestadt erzielen im landesweiten Vergleich die im Durchschnitt höchsten Einkommen.

Rund 35.434 Euro (brutto) pro Jahr verdient ein Arbeitnehmer in Schwerin, wie aus Daten des Statistischen Amtes in Mecklenburg-Vorpommern hervorgeht. Demnach bekommen Beschäftigte in der Landeshauptstadt ein um immerhin rund 17 Prozent höheres Bruttogehalt als Arbeitnehmer im Nachbarlandkreis Ludwigslust-Parchim.

Der flächenmäßig zweitgrößte Landkreis Deutschlands bildet im MV-Gehaltsvergleich das Schlusslicht: Im Schnitt liegt das Jahresgehalt in Ludwigslust-Parchim bei rund 30.200 Euro. Auch Arbeitnehmer im Landkreis Rostock verdienen nicht viel mehr.

### Niedrigere Löhne in der Landwirtschaft und im Gastgewerbe

Dass Schwerin mit Blick auf Lohn und Gehalt der attraktivste Arbeitsort in MV ist, dürfte damit zusammenhängen, dass in der Region verschiedene Technologieunternehmen, verarbeitendes Gewerbe und Gesundheitsdienstleister angesiedelt sind. In diesen Wirtschaftsbereichen werden im Schnitt höhere Löh-

ne gezahlt als etwa in der Landwirtschaft oder dem Gastgewerbe.

Das Wirtschaftsnetzwerk DDW listet für Schwerin 22 deutsche Top-Unternehmen auf. Die Firma August Hildebrandt etwa sei der größte Kabeltrommelproduzent Europas.

Einer der größten Arbeitgeber in der Stadt ist im Gesundheitssektor angesiedelt: Die Helios Kliniken beschäftigen rund 2000 Mitarbeiter. Zudem hat Schwerin als Hauptstadt auch gut bezahlte Stellen in den Ministerien und der Landesverwaltung zu bieten.

Ähnlich hohe Gehälter wie in der Landeshauptstadt werden ansonsten in MV nur noch in Rostock gezahlt. In der Hansestadt mit der Universität als größtem öffentlichen Arbeitgeber, dem Kreuzfahrtunternehmen Aida oder dem Kranhändler Liebherr bekommen Arbeitnehmer statistisch einen Bruttojahreslohn von rund 34.900 Euro.

### MV bleibt bei Gehältern bundesweit Schlusslicht

Die im Nordosten eher schwach entwickelte Industrie setzt den Einkommen im Land aber generell Grenzen – die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer in MV fallen bundesweit nach wie vor am niedrigsten aus. Für Hamburg beispielsweise haben die Statistiker einen durchschnittlichen Bruttojahreslohn von rund 48.000 Euro ermittelt.

## Castor-Transport rollt mitten durch Duisburg

### Die Route der Castor-Testfahrt „schockiert“ in Duisburg: „Wollen die mit hochradioaktivem Material mitten durch Duisburg fahren?“

Anti-Atomkraft-Aktivist\*innen wussten: Die Probefahrt eines leeren Castor-Behälters von Jülich im Südwesten Nordrhein-Westfalens nach Ahaus im Münsterland wird wohl durchs westliche Ruhrgebiet führen. Nach der Testfahrt für den Ablauf möglicher Atommülltransporte in der Nacht auf Mittwoch aber „waren wir schockiert“, sagt Kerstin Ciesla aufgeregt. Sie ist die Vorsitzende des BUND in Duisburg. Der Grund für ihre Empörung: Der von einem massiven Polizeiaufgebot bewachte Schwertransport machte nach ihren Angaben einen Abstecher nach Duisburg – und rollte quer durch das Stadtgebiet. Soll über diese Strecke also bald Atommüll rollen?

Der Schwertransport hatte am Dienstagabend gegen 22 Uhr das Gelände der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) verlassen. In Jülich lagern rund 300.000 Brennelement-Kugeln aus einem früheren Versuchsreaktor in 152 Castor-Behältern.

Wichtig: Über den Verbleib der 152 Behälter ist noch nicht endgültig entschieden. Eine Möglichkeit ist der Transport nach Ahaus. Diese Variante bevorzugen (anders als die NRW-Landesregierung) die Bundesministerien für Forschung, Umwelt und Finanzen.

Die Entfernung von Jülich nach Ahaus beträgt etwa 170 Kilometer. Der Schwertransport durfte nur in der Nacht auf die Straße. Die Fahrt sei störungsfrei verlaufen, sagte eine Sprecherin der zuständigen Polizei Münster am Mittwoch. Die Polizei hatte den Transport behandelt wie einen mit gefülltem Castor-Behälter. Dementsprechend war der Konvoi unter anderem mit Kräften einer Einsatzhundertschaft und geschätzt 30 Begleitfahrzeugen abgesichert worden.

Mehrere Initiativen von Atomkraftgegnern sprachen in einer Mitteilung von einem „massiven Polizeieinsatz“ auf den Autobahnen. Die Testfahrt sei damit „politisch gescheitert“. Den Initiativen gelang nach eigenen Angaben eine Dokumentation der Castor-Strecke von Jülich über die B56, die Autobahnen 44, 46, 57, 52, 3, 59 und 31 über Duisburg, Bottrop nach Ahaus. Für Verwunderung und Entsetzen sorgte bei Duisburger Be-

obachtern die Route durch ihre Stadt, wie Kerstin Ciesla vom BUND diese schildert:

Demnach sei der Transport im Kreuz Breitscheid (A 3/A 52) nördlich von Düsseldorf auf die A 3 Richtung Oberhausen gefahren.

Im Kreuz Kaiserberg (A 3/A 40), der Großbaustelle Spaghetti-Knoten, seien der Lkw und Polizeieskorte nach „links“ auf die A 40 Richtung Westen abgegeben.

Dort, wo bis Montagmorgen zehn Tage lang die Weiterfahrt Richtung Rhein abgeriegelt war, habe der Konvoi die A 40 wieder verlassen – auf die Nord-Süd-Schlagader der Stadt, die A 59.

In Fahrtrichtung Dinslaken habe die Kolonne vor der A59-Sperrung zwischen Marxloh und Fahrn erneut einen Richtungswechsel vollzogen: Über das Kreuz Nord (A 42/A 59) sei die Testfahrt „über die A 42 zurück auf die A 3 gegangen“, so Ciesla.

Die Erklärung für den Abstecher hinein nach Duisburg? Die BUND-Vorsitzende spekuliert: „Es könnte sein, dass der Castor zu schwer für andere Brücken auf dem Weg über die A 3 war.“

Ein beladener Castor aus Jülich wiege 25 Tonnen, „eine beladene Transporteinheit insgesamt 130 Tonnen“, erklärt JEN-Sprecher Jörg Kriewel auf Nachfrage zum Hightech-Lastzug. Dieser sei etwa 30 Meter lang und habe 13 Achsen.

Was Ciesla in Alarmstimmung versetzt: „Ziel der JEN war es, die Abläufe zu testen, die später mit Atommüll folgen sollen. Wollen die also 2024 mit hochradioaktivem Material mitten durch Duisburg fahren? Ich kann nur hoffen, dass die Stadt Duisburg sich gegebenenfalls dagegen wehrt!“ Die Anti-Atom-Initiativen warnen vor einem „enormen Risiko“ durch Transporte über Autobahnen in Nordrhein-Westfalen.

Zum Risiko sagt JEN-Sprecher Kriewel: „Die Radioaktivität am Castor-Behälter unterscheidet sich nicht von der natürlichen Umgebungsstrahlung.“ Und: Die deut-

schen Sicherheitsvorschriften für den Transport von Kernbrennstoffen seien im internationalen Vergleich „mit die strengsten“.

Zur Streckenführung leerer und möglicherweise später befüllter Castor-Transporte, so Kriewel, könne er dagegen gar keine Auskunft geben: Diese sei „Teil des Genehmigungsverfahrens“ durch das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) und unterliege darum der Geheimhaltung.

Er bestätigt zur Einordnung immerhin: Ja, die Strecke, die jetzt abgefahren wurde, wäre im Falle der Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus „eine mögliche Route“.

Kriewel verdeutlicht zudem, wie oft es solche Castor-Transporte geben würde, falls sie beschlossen und genehmigt werden: Der Projektplan der Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen sieht 152 Einzeltransporte ab dem Frühjahr 2024 vor. Etwa zwei Jahre später wären alle Brennelement-Kugeln in Ahaus.

Die zweite Option ist ein Verbleib des radioaktiven Mülls in Jülich. Diese Variante wird von CDU und Grünen, den Regierungsparteien in NRW, in ihrem Koalitionsvertrag von 2022 bevorzugt. Dazu bräuchte es ein neues Zwischenlager in Jülich. Die Genehmigung für das jetzige war schon Mitte des vergangenen Jahr-

zehnts abgelaufen. Jülichs Bürgermeister Axel Fuchs ist für einen Verbleib in der Stadt: Die Bevölkerung sehe das Thema unaufgeregt, in der Kommune gebe es Expertise.

Was dagegen bereits feststeht ist der Termin für eine zweite Testfahrt von Jülich nach Ahaus: In der Nacht vom 21., auf Mittwoch, 22. November, fahren Vertreter der Atomaufsichtsbehörde mit, also des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministeriums.

Bei dieser „Kalthandhabung“ wird erneut kein nukleares Material transportiert, sondern nochmals ein leerer Behälter. Ob auch dieser wieder eine Stadtrundfahrt durch Duisburg macht? JEN-Sprecher Jörg Kriewel kann dies „weder bestätigen noch dementieren“.

Die Stadt Duisburg übrigens auch nicht. Das Bürger- und Ordnungsamt ist bei Großraum- und Schwertransporten zwar einzubinden und genehmigungsbehaftet. Allerdings nur, wenn Duisburger Straßen „in kommunaler Hand“ betroffen seien, erläutert Stadtsprecher Peter Hilbrands: „Autobahnen sind davon ausgeschlossen, weil diese im Besitz der Autobahn GmbH sind. Sofern ein Transport nur über Autobahnen geleitet wird, ist die jeweilige Kommune nicht anzuhören/eingebunden – und hat somit auch keine Kenntnis von einem derartigen Transport.“

 Braunschweiger Zeitung | 06.11.2023

 Auflage: 27.618 | Reichweite: 83.003

 WEBLINK

## Wolfram König in der Braunschweiger Zeitung: “Es muss darum gehen, Entscheidungsprozesse zu straffen”

*BASE-Präsident Wolfram König hat sich im Interview mit der Braunschweiger Zeitung u.a. zu den Zeitverzögerungen bei der Endlagersuche und der Rolle des BASE geäußert.*

**Fangen wir für diejenigen unserer Leser, die nicht so sehr mit Atomthemen vertraut sind, doch mal ganz einfach an. Ihre Behörde ist die Aufsichtsbehörde der BGE in Peine. Worauf achten Sie?**

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) überwacht die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben durch die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE mbH), die sogenannte Vorhabenträgerin. Es stellt bei der Endlagersuche die Beteiligung sicher und erteilt die Genehmigungen für die Endlagerung und für die Zwischenlagerung der gefährlichsten radioaktiven Hinterlassenschaften. Allerdings nur dann, wenn vorher die erforderlichen Sicherheitsnachweise erbracht werden. Im Gegensatz dazu ist es die unternehmerische Freiheit der BGE mbH zu unterscheiden, in welcher Art und Weise sie ihre Aufgaben erfüllt. Es erfolgt keine operative Steuerung durch das BASE. Ich bin davon überzeugt, dass gerade in dem Hochrisikofeld radioaktiver Abfälle die Glaubwürdigkeit und damit die Akzeptanz staatlichen Handelns stark davon abhängt, dass es eine klare Trennung gibt zwischen unternehmerischen Tätigkeiten und der staatlichen Kontrolle. Unabhängig davon, ob es sich um eine bundeseigene oder private Firma handelt.

**Man hat allerdings den Eindruck, dass weder bei der Asse bei Wolfenbüttel, noch bei Schacht Konrad in Salzgitter und bei der Suche für ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll so richtig was vorgeht. Täuscht der Eindruck?**

Die fachlichen Aufgaben, vor denen insbesondere die BGE steht, sind enorm - egal, ob bei der Endlagersuche oder bei den einzelnen Projekten wie der Asse, dem Endlager Morsleben bzw. Schacht Konrad. Umso mehr benötigt es von allen Beteiligten Transparenz und Verlässlichkeit, d.h. die Akteure müssen zu ihrer Verantwortung stehen und insbesondere ihre Projektpläne ernst nehmen und diese regelmäßig überprüfen. Verzögerungen sind dann zu akzeptieren, wenn

die Gründe hierfür offengelegt, analysiert und Schlussfolgerungen für das weitere Vorgehen gezogen werden. Und eines dürfen wir bei alledem nicht vergessen – gerade von den Verursachern dieser Abfälle wurden über Jahrzehnte hinweg die damit verbundenen Probleme klein geredet. Die Rechnung hierfür bezahlen jetzt andere.

**Werden wir doch mal konkreter: Hat es Sie geärgert, dass Schacht Konrad in Salzgitter statt 2027 erst 2029 in Betrieb gehen soll? Das Datum wurde ja schon mehrfach nach hinten verschoben. Dieses Mal im Juni ganz beiläufig.**

Mich interessiert an erster Stelle, warum es zu einer weiteren Verzögerung der Inbetriebnahme von Schacht Konrad kommt. Meine Fachleute haben nach Prüfung der uns im Juni vorgelegten Unterlagen erhebliche Zweifel, dass die nun genannten Termine einhaltbar sind, sofern die derzeitigen Abläufe beibehalten werden. Sie sind hierzu im intensiven Austausch mit der BGE. Was übrigens in der aktuellen Diskussion gerne vergessen wird: Für unsere und alle weiteren Generationen bedeutet die Endlagerung der radioaktiven Abfälle in tiefen geologischen Schichten eine massive Erhöhung der Sicherheit gegenüber der aktuellen oberirdischen Lagerung in Behältern, die zudem nicht für eine Langzeit-Zwischenlagerung ausgelegt sind. Kurz gesagt: sich über Zeitverzögerungen zu ärgern, gleichzeitig aber auch bessere Wege zur Zielerreichung zu suchen gehörte schon immer zu meinem Aufgabenverständnis.

**Ist Schacht Konrad denn auf dem Stand von Wissenschaft und Technik? Teile der Pläne stammen ja aus den 80er Jahren.**

Die Überprüfung des Standes von Wissenschaft und Technik habe ich als ehemaliger BfS-Präsident und damit Betreiber selbst angeschoben. Der Betreiber ist verpflichtet, dies dynamisch nachzuweisen. Aktu-

ell wird diese Frage ja auch von dem Niedersächsischen Umweltministerium als Genehmigungsbehörde geprüft. Alle Beteiligten sind auf das für Ende des Jahres angekündigte Ergebnis gespannt.

**Seit Mitte April sind auch die letzten drei AKW in Deutschland abgeschaltet. Eins davon war das AKW Emsland im niedersächsischen Lingen. Die FDP, die Union und die AfD geben sich damit aber nicht zufrieden. Wie stehen Sie dazu?**

Wir haben es mit einem Feld zu tun, auf dem nicht immer Fakten die Grundlagen von politischen Debatten bilden. Die abgeschalteten Reaktoren haben schlicht und einfach die Betriebsgenehmigungen nicht mehr. Wir sollten sinnvollere Diskussionen führen.

**Die FDP will, dass man diese Genehmigungen wieder erteilt.**

Dann müssten auch alle aktuellen Sicherheitsnachweise erbracht werden. Die Energieversorgungsunternehmen wie auch die Sachverständigenorganisationen und Kontrollbehörden haben sich in Deutschland die letzten zehn Jahre darauf eingestellt, dass die Reaktoren 2023 den Leistungsbetrieb einstellen. Ich würde mir wünschen, dass man die politische Energie in die Lösung der bestehenden Probleme steckt - zum Beispiel in den AKW-Rückbau, in die sichere Zwischenlagerung und vor allem in die sichere Endlagerung.

**In Beverungen im Kreis Höxter soll auf dem Gelände des ehemaligen Atomkraftwerkes Würgassen das zentrale Bereitstellungslager für den 100 Kilometer entfernten Schacht Konrad in Salzgitter entstehen. Niedersachsens Ministerpräsident Weil hat das Bereitstellungslager Würgassen zuletzt noch einmal zur Disposition gestellt. Ist das aussichtsreich?**

Die Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ mbH) hat dort ein entsprechendes Vorhaben vorgebracht. Fakt ist, dass ein Eingangslager den Betriebszeitraum des Endlagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle, Schacht Konrad, erheblich verkürzen und die Anlieferung logistisch vereinfachen würde. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, war es auch die Forderung der niedersächsischen Regierung nach keiner weiteren Atomanlage in ihrem Bundesland, die zu der Standortentscheidung in Nordrhein-Westfalen beigetragen hat. Ob das Vorhaben an dem Standort erfolgreich vorgebracht werden kann, hängt neben den notwendigen Sicherheitsnachweisen natürlich auch von dem politischen Willen ab. Davon unabhängig halte ich für dieses und alle weiteren Vorhaben mit derart langen Vorlaufzeiten einen Plan B immer für sinnvoll.

**In der Region sehnen viele Menschen die Rückholung der 126.000 Fässer mit Atommüll aus der Asse herbei. Wird das Jahr 2033 als Beginn der Rückholung der Abfälle aus dem alten maroden Bergwerk Bestand haben?**

Ziel ist es, für die Asse die hohen Sicherheitsanforderungen nach dem Atomgesetz zu erreichen. Nach den vorliegenden Erkenntnissen ist dieses bislang nur über die Rückholung der radioaktiven Abfälle zu erreichen, wie es auch im Gesetz durch den Bundestag festgeschrieben ist. Wie lange man dafür braucht, kann ich nicht beurteilen, da mein Amt keinen Einblick in die Entscheidungsgrundlagen und mögliche Alternativen hat. Dass der Weg über die Rückholung ein ausgesprochen anspruchsvoller ist, ist bekannt. Umso mehr ist es notwendig, mögliche Hindernisse in aller Klarheit öffentlich zur Diskussion zu stellen, sie aber auch nicht ohne Not herbeizureden.

**Was sind solche Hindernisse?**

Fachlich wäre das die massive Zunahme des Zuflusses von Grundwasser, das dann nicht mehr ausreichend abgefangen werden könnte. Auf dieses Szenario ist man mit Notfallplänen vorbereitet. Wichtig ist zu erwähnen, dass nach allen mir bekannten Szenarien selbst ein unkontrolliertes Absaufen nicht zu einer katastrophalen Freisetzung von radioaktiven Stoffen in die Umwelt führen kann. Weitere Hindernisse können der Verlust des öffentlichen Interesses an der Rückholung der Abfälle sein. Schon jetzt nehme ich manche Diskussionen um die Asse nicht als ein gemeinsames Ringen um den bestmöglichen Weg, sondern eher als Schwarzes-Peter-Spiel wahr – mit Sehnsucht nach Einteilung in alte Kategorien von Gut und Böse.

**Das Zwischenlager wird vermutlich einige Jahrzehnte obertägig direkt an der Asse stehen. Die BGE hat keine anderen Standorte geprüft. Ist dieser Standort auch für Sie alternativlos?**

Natürlich gibt es theoretisch Alternativen – und zwar unendlich viele, da es ja nicht wie bei einem Endlager auf die Geologie ankommt. In meiner Zeit als verantwortlicher Betreiber der Asse von 2009 bis 2017 habe ich verschiedene Varianten geprüft. Es hat sich aus Strahlenschutzgründen aber auch logistischen Gründen gezeigt, dass ein standortnaher Ort zu bevorzugen ist. Ein Zwischenlager wäre an dieser Stelle relativ schnell zu realisieren. Auch das ist natürlich ein Faktor für den frühzeitigen Beginn der Rückholung. Ich verstehe, dass sich in der Region die Begeisterung darüber in engen Grenzen hält. Aber die Rückholung ist ohne ein aufnahmebereites Zwischenlager nicht zu haben. Der jüngste Verweis dabei von politischen Verantwortungsträgern aus Niedersachsen auf

andere Bundesländer wie Bayern ist allenfalls für den kurzfristigen Beifall gut – in der Sache führt es keinen Schritt weiter. Wie wäre es mal mit einem Vorschlag für einen alternativen Zwischenlagerstandort im eigenen Zuständigkeitsbereich oder gar Wahlkreis?

**Sie haben sich zuletzt kritisch über die Suche der BGE nach einem Endlager für hoch radioaktiven Atommüll geäußert. Was stört Sie konkret?**

Das aktuelle Standortauswahlverfahren ist maßgeblich auf den Weg gebracht worden durch eine Empfehlung der Endlagerkommission von 2016. Es wurden damals zeitliche Erwartungen festgelegt, die heute in keiner Weise mehr zu erreichen sind. Für die erste Phase bis zum Vorschlag von konkreten Standorten hatte man drei Jahre angenommen. Wir sind heute bei Vorschlägen, die alleine für die erste Phase bei bis zu 15 Jahren landen werden. Es war nicht vertrauensbildend, diese Wahrheit so lange zu verschweigen. Dabei liegen die großen Risiken im Verfahren erst in den Phasen zwei und drei – die obertägigen und untertägigen Erkundungen von potentiell geeigneten Standorten.

**Zuerst hieß es von der BGE, der Standort solle 2031 feststehen. Nun reden wir über 2046 oder im schlechtesten Falle sogar von 2068. Dann dauert es schätzungsweise noch 20 Jahre, bis das Endlager gebaut ist und bereitsteht. Das wäre 2088. Was macht das mit dem Interesse der Bevölkerung?**

Es geht um die Frage der Glaubwürdigkeit und der Sicherheit. Wir würden im Falle des „weiter so“ tatsächlich am Ende des Jahrhunderts ankommen, da sich nach dem Finden des Standorts noch der Antrag, die Genehmigung und der Bau des Endlagers anschließen. Selbst heute Geborene würden den Betriebsbeginn allenfalls am Ende ihres Berufslebens feiern können. Das können wir nicht einfach hinnehmen, das hat mit Generationengerechtigkeit und Fairness kaum noch etwas zu tun. Es muss darum gehen, die Entscheidungsprozesse zu straffen. Ich erwarte, dass die gesellschaftliche Aufmerksamkeit an dem Thema weiter schwinden wird, gleichzeitig das mit den Abfällen verbundene Risiko eher steigt. Wir brauchen Institutionen, die von tagespolitischen Interessen weitgehend unabhängig das Verfahren voranbringen. Die hochradioaktiven Stoffe dürfen nicht in Vergessenheit geraten, denn erst mit einem Endlager in tiefen geologischen Schichten haben wir wirklich eine dauerhafte Sicherheit. Deshalb sind alle Verantwortlichen, neben BGE auch BMUV und BASE, gefordert zu analysieren, wie das bisherige Verfahren besser zielorientiert ausgerichtet werden könnte.

**Der Müll aus der Asse soll ja räumlich getrennt**

**gleich mit in diesem Endlager entsorgt werden. Ist das realistisch? So lange wird sich der Müll aus der Asse ja noch im Zwischenlager direkt am alten Bergwerk befinden.**

Dies ist kein Automatismus sondern laut Gesetz erst zu prüfen, wenn ein finaler Standort-Vorschlag vorliegt. Mit den neuen Zeithorizonten bei der Endlagersuche droht sich also auch die Lösung dieses Problems nach hinten zu verschieben. Ich gehe davon aus, dass diese wichtige Frage in der Überarbeitung des Nationalen Entsorgungsprogramms vom Bundesumweltministerium beantwortet wird.

**Unter der Hand hört man von BGE-Mitarbeitern, dass der Stress bei der Arbeit sich in Grenzen hält. So richtig überraschend ist es daher doch nicht, dass die BGE ihre Zeitpläne nicht einhält, oder?**

Es ist nicht meine Aufgabe, die BGE mbH in ihrem operativen Handeln zu bewerten. Wir haben da eine klare Aufgabenzuweisung. Die Unternehmenssteuerung liegt in der Hand des Bundesumweltministeriums. Ob dabei die gleichzeitige Fach- und Rechtsaufsicht des BMUV über das BASE eine optimale Lösung darstellt, wird diskutiert.

**In Finnland genehmigte die Regierung schon 2015 den Bau des weltweit ersten Endlagers für hochradioaktive Abfälle. Was läuft dort besser?**

Finnland hat ganz andere Voraussetzungen. Geologisch besitzt es nur ein Endlagergestein, nämlich Granit. Politisch hatten wir in Deutschland mit Gorleben, Asse, Morsleben und Schacht Konrad eine Zuspitzung der öffentlichen Debatten hinsichtlich des Umgangs mit den Hinterlassenschaften der Atomenergie. Es gibt in Finnland eine große Zustimmung der Bevölkerung für die Nutzung der Kernenergie. Zudem spielt in Finnland das Vertrauen in die Wissenschaft und die Behörden eine ganz andere Rolle als bei uns. Das hat bei uns massiv gelitten. Es gibt nach einer doch relativ kurzen Zeit des konsensorientierten Handelns wieder einen Hang zum Schwarz-Weiß-Denken. Das ist aber bei einer komplexen Aufgabe wie der Lösung der Endlagerfrage die schlechteste Variante, um zu einem guten Ergebnis zu kommen.

**Ab Anfang Januar wird die BGE von Iris Graffunder geführt. Was erwarten Sie von ihr? Und ist sie die richtige?**

Ich finde es ein gutes Signal, dass das Unternehmen bald stärker aus fachlicher denn aus politischer Sicht geführt wird.

**Damit zielen Sie darauf ab, dass die BGE unter**

**anderem von den Politikern Ursula Heinen-Esser (CDU), und Stefan Studt (SPD) geführt wurde. Studt hatte vorher nie etwas mit Atompolitik zu tun.**

Weder die BGE mbH noch das BASE haben das Mandat, Politik zu bestimmen, sondern können die Politik allenfalls gut beraten. Vertrauen in der Bevölkerung kann dann gewonnen werden, wenn die Politik

durch die mandatierten Personen in ihrer Verantwortung sichtbar wird, die Exekutive die Umsetzung frei von intransparenter Steuerung beaufsichtigt und das Unternehmen unabhängig von politischen Erwartungen die fachlich übertragene Aufgabe löst. Die gelebte Trennung in fachliche, politische und behördliche Ausprägung halte ich gerade bei dieser Langzeitaufgabe für essentiell.